Historische Tatsachen Nr. 6

Hans Kehrl

Realitäten im Dritten Reich

(Karte gesondert lieferbar. Größe 65 x 70 cm nebst Erläuterungen, DM 8,50; Ln - gerollt - DM 19,80)

Historische Tatsachen Nr. 6

Hans Kehrl

Realitäten im Dritten Reich

Aus den "Regeln für die politisch-psychologische Subversion", die der Chinese Sun Tsu etwa 500 v. Christi Geburt aufgestellt hat :

"Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Krieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen.

Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist!

Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen;

unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen;

gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis!

Nutzt die Arbeit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen!

Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen!

Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes!

Fordert die Jungen gegen die Alten!

Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte!

Entwendet alte Überlieferungen und Götter!

Seid großspurig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplicen zu kaufen!

Bringt überall geheime Kundschafter unter!

Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein!"

Lassen Sie mich ein Wort einblenden, das im Rahmen der Prozesse vor dem Volksgerichtshof gegen die Männer des 20. Juli 1944 gefallen ist. Widerstandskämpfer, die es unternommen hatten, in England zu testen, welche Friedensbedingungen ihnen eingeräumt würden, wenn es gelänge, Hitler die Macht zu entreißen, erhielten die erschütternde Antwort:

"Für uns ist es uninteressant, ob an der Spitze Deutschlands Hitler oder ein Jesuitenpater steht, entscheidend für uns ist, daß Deutschland als Wirtschaftskraft verschwindet."....

Herausgabe November 1979

Alle Rechte vorbehalten

Alleinauslieferung für die deutsche Ausgabe
Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung
D-4973 Vlotho Postfach 1643
Druck: Kölle-Druck, 4994 Preuß. Oldendorf
Bei Bestellungen aus dem Ausland bitte Voreinzahlung
Konten des Verlages: Postscheck Essen: 116162-433
Stadtsparkasse Vlotho 2535

So begann der Frieden

Ministerpräsident von Frankreich, George Clemenceau, am 7. Mai 1919 vor den Delegierten aller alliierten und assoziierten Staaten im Palasthotel Trianon zu Versailles:

"Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist weder Zeit noch der Ort für überflüssige Worte. Sie sehen vor sich die bevollmächtigten Vertreter der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den schrecklichen Krieg, der ihnen aufgezwungen worden ist, zu Ende zu führen. Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. Wir überreichen Ihnen hiermit das Buch, das unsere Friedensbedingungen enthält.."

Der deutsche Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau darauf:

"Wir täuschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist; wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt, und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Überwundene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getanes Unrecht einzugestehen. Aber auch in der Art der Kriegführung hat nicht Deutschland allein gefehlt. Jede europäische Nation kennt Taten und Personen, deren sich die besten Volksgenossen ungern erinnern. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg errungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen."

Im Kriegsschuldartikel § 231 des Versailles-Friedens hieß es:

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Zu den wichtigsten Bedingungen des Vertragswerkes gehörten die Deutschland aufgezwungenen Landabtretungen, die Reparationsforderungen und die damit verbundenen wirtschaftlichen Eingriffe in das geschlagene Deutschland. Abgetreten wurden:

Nordschleswig an Dänemark (mit Abstimmung) —
Eupen und Malmedy an Belgien —
Elsaß-Lothringen an Frankreich —
Saargebiet für 15 Jahre wirtschaftlich Frankreich ausgeliefert —
Posen und Westpreußen, Teile von Ostpreußen und Hinterpommern an Polen —
Danzig — problematischer Freistaat unter Völkerbundsmandat mit polnischen Rechten —
Memelgebiet —
Teil Oberschlesiens an Polen
Sudetenland an die Tschecho-Slowakei — 3,5 Millionen Deutsche
Anschlußverbot für das verkleinerte Österreich
Süd-Tirol an Italien —
Sämtliche Kolonien —

Die Reparationssumme wurde im Januar 1921 erstmalig definiert: 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten, jährlich von 2 bis 6 Milliarden ansteigend. Die Reparationskommission reduzierte auf 223,5 Milliarden, schließlich wurden 132 Milliarden ultimativ unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebietes gefordert. Das Ruhrgebiet wurde schließlich besetzt. Zwischenzeitlich glitt Deutschland in eine ungeheuere Inflation: Im Januar 1922 zahlte man für einen Dollar 200 Mark, im Juli = 500, im Januar 1923 = 18.000 Mark, im Juli 1923 = 350.000, im August 1923 = viereinhalb Millionen, im September fast 100 Millionen, im Oktober 25 Milliarden, am 15. November 1923 (Ende der Inflation) = 4,2 Billionen. — Und "clevere ausländische Geschäftsleute" nutzten diese Zeit, um sich in Deutschland einzukaufen. — Welche Probleme haben gerade diese Tatbestände angereichert! Die mit dem Versailler Frieden verbundenen Abrüstungsbedingungen usw. schienen demgegenüber harmlos. Der chronische Ohnmachtszustand Deutschlands diesen Entwicklungen gegenüber auf der einen Seite und der hierdurch noch stärker angefachte Hochmut auf der anderen, der sich insbesondere bei Polen und Tschechen in einem fatalen Volkstumskampf entlud, haben — ganz abgesehen von der kommunistischen Revolution in Rußland und in anderen Ländern — Verhältnisse geschaffen, die bei Beeibehaltung "der Ordnungsgrundlagen von Versalles" nicht friedlich regelbar waren.

„Wirtschafts wunder" im Dritten Reich

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden, in Zeitungen, Zeitschriften, im Rundfunk und im Fernsehen von der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg als den "goldenen zwanziger Jahren" zu sprechen. Das muß bei denen, die diese Zeit nicht miterlebt haben, einen falschen Eindruck erwecken. Die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts waren furchtbare Jahre, von Anfang bis Ende für den größten Teil des deutschen Volkes. Entstanden ist dieser Begriff aus dem Wiedererwachen von Kunst, Literatur und Musik, die im Kriege und in der unmittelbaren Nachkriegszeit erloschen schienen. Die Wiederbelebung des geistigen Lebens fand vornehmlich in der Hauptstadt Berlin statt oder in Städten wie München, Hamburg und Frankfurt. Die zwanziger Jahre in Deutschland allgemein als die "goldenen" zu bezeichnen, ist eine groteske Geschichtsfälschung. Die ersten vier Jahre wurden durch den Verfall der Reichswährung in einer Inflation ohne Beispiel bestimmt.

Im Januar 1923 wurde der Dollar noch mit 18.000 Mark notiert, Banknoten über eine Million Mark waren aber schon zum Zahlungsmittel geworden. Bis zum 25. Oktober 1923 war der Kurs der Mark neu auf 40 Milliarden Mark für einen Dollar gestiegen. Am 15. November 1923 endete der Spuk. Finanzpolitisch und volkswirtschaftlich gesehen gelang der Regierung Stresemann während ihres kurzen Bestehens mit Hilfe von Schacht als Reichswährungskommissar und Luther als Reichsfinanzminister die Durchsetzung einer neuen, stabilisierten Währung. Nach zehn Jahren Weltkrieg, Bürgerkrieg und Verfall war ein neuer Anfang gesetzt.

Aber wer nicht über Sachwerte verfügte, war verarmt und mittellos. Das gesamte Geldkapital wurde ausgelöscht, denn für eien Billion - 1.000 Milliarden Papiermark gab es nur eine Rentenmarke. Auch das Kapital der meisten vor der Inflation gut finanzierten Firmen war durch die Geldentwertung radikal zusammengeschmolzen. Jahrelang schwand das Umlaufvermögen dahin, weil zu lange mit wertvollen Devisen eingekauft und zu Papermark verkauft werden mußte. Der gewaltige Geldstrom aus rasch ansteigender Auslandsverschuldung vernebelte zunächst die Wirklichkeit.

Es schien dann ein kurzes Zwischenhoch zu geben, aber es gelang dem demokratisch-parlamentarischen System der Weimarer Republik nicht, eine Regierung auf die Beine zu stellen, die die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Lage in den Griff bekam. Da der Reichstag lebensfähige, d.h. effiziente Regierungen nicht zustande brachte, berief Reichspräsident Hindenburg am 29. März 1930 das erste Präsidial-Kabinett. Brüning versuchte, die Inflation durch Deflation abzulösen, aber das hieß letztlich, den Teufel durch Beelzebub austreiben. 1932 war fast ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung arbeitslos, das Einkommen der Arbeiter war von 23,9 Milliarden RM im Jahre 1929 auf 11 Milliarden 1932 gesunken. Nach der Steuerstatistik verdienten von rund 31 Millionen sogenannten Einkommensbeziehern 69,2 Prozent unter 1.200 Mark im Jahr, 21,7 Prozent zwischen 1.200 und 3.000 Mark pro Jahr und nur 7,1 Prozent darüber. Auf zehn Beschäftigte entfielen 4,3 Arbeitslose.

Als am 30. Januar 1933 Reichspräsident Hindenburg Hitler mit der Bildung einer neuen Reichsregierung beauftragte, war ein unvorstellbarer Tiefpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Lage erreicht. Von insgesamt 18 Millionen "vorhandenen" Arbeitern und Angestellten gingen nur ca. 12 Millionen einer Beschäftigung nach. Von den ca. 6 Millionen Arbeitslosen war über ein Drittel aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgesteuert; sie erhielten als "Wohlfahrtserwerbslose" im Durchschnitt nur 55 RM pro Monat Unterstützung. Die Vergütung der bessergestellten Arbeitslosen lag etwa 15 bis 20 RM im Monat höher. Trotzdem mußten 1932 für die Arbeitslosen insgesamt 4 Milliarden RM aufgewandt werden. Das waren 16 Prozent der Summe aller Löhne und Gehälter, 9 Prozent des gesamten Volkseinkommens und 57 Prozent der gesamten jährlichen Einnahmen von Reich und Ländern. Das "Einkommen je Kopf der Bevölkerung" war von 1929 mit 1.187 RM bis 1932 auf 627 RM zurückgegangen. Um das Ausmaß der Verelendung zu ermessen, muß man wissen, daß z.B. in der Bundesrepublik Deutschland 1968 dieselbe statistische Größenordnung 8.759 DM betrug.

Im Februar 1933 bestand eine Auslandsverschuldung von ca 19 Milliarden RM. Um einen Begriff davon zu geben, was 19 Milliarden RM damals bedeuteten: die Auslandsverschuldung in Beziehung gesetzt zur Jahresausfuhr entsprach etwa 3,3 Jahren Warenausfuhr. Mit der Bundesrepublik von 1969 verglichen würden 3,3 Jahre Ausfuhr 374 Milliarden DM bedeuten!

Begriffe wie "Tiefstand der Konjunktur" oder "Arbeitslosigkeit" charakterisieren die geschilderte Lage nur ganz unzulänglich. Nach dem spektakulären Aderlaß

durch die Inflation, den Zusammenbrüchen im Bankwesen und der sich immer mehr verschärfenden Arbeitslosigkeit war der größte Teil der Industrie am Ende seiner finanziellen Kräfte. Die Landwirtschaft verelendete durch Preisverfall und Absatzrückgang und wurde nur durch Moratorien und Pfändungsstops mühsam am Leben erhalten. Mehr als zwei Drittel des Volkes vegetierten ohne Hoffnung weit unter einem normalen Existenzminimum. Die Regierungen der letzten fünf Jahre hatten ihre Unfähigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Ideenlosigkeit und antiquierte Wirtschaftsvorstellungen bis zum Staatsbankrott unter Beweis gestellt. Verelendung und Verzweiflung der Bevölkerung und Erbitterung gegen ein Regierungssystem, das das nicht zu ändern vermochte, waren die zwangsläufige Folge. In dieser Lage konnte es für die nationalsozialistische Regierung nur eine Wirtschaftspolitik geben: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowie Arbeitsbeschaffung um jeden Preis.

Vor 1932 hatte der Fraktionsvorsitzende der NSDAP-Reichstags-Fraktion, Gregor Strasser, in einer großen, der Wirtschaftspolitik gewidmeten Rede sich entschieden gegen die Deflationspolitik und die Tatenlosigkeit der Regierung gewandt, die vorgebe, wegen Mangel an Kapital und Abhängigkeit von der Weltkonjunktur aus eigener Kraft keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe finden zu können. Strasser sagte damals u.a.:

"Je ärmer ein Volk ist, desto mehr muß es arbeiten, denn: nicht Kapital schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Kapital!"

Am 1. Februar 1933 kündigte Hitler im Reichstag an:

"Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit."

Hitler rief zur "Arbeitsschlacht" auf. Nicht nur Regierung und Partei, sondern jeder Staatsbürger sollte mit Ideen und Anregungen zur Arbeitsbeschaffung beitragen. Die Regierung wollte durch große öffentliche Arbeiten einen ersten Anstoß geben, aber auch die Wirtschaft wurde aufgefordert, Initiativen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Diese Aktion lief unter dem Motto: "Erst jedem einen Arbeitsplatz, dann jedem seinen Arbeitsplatz!"

Hitler war überzeugt, daß die furchtbare Lage nur zu überwinden sei, wenn eine gewaltige Welle der Mitwirkung des ganzen Volkes erreicht werden könnte. Er setzte daher alle Kräfte der Parteiorganisationen sowie den Propaganda-Apparat von Josef Goebbels konzentriert auf das eine Ziel ein: "Wir müssen und wir werden wieder Arbeit für alle schaffen." Das Wirtschaftswunder wurde Wirklichkeit, weil es gelang, einen aktivistischen Optimismus im ganzen Lande zu wecken und ein Klima allgemeiner Solidarität zu schaffen.

Werkskantinenessen nach 1933

(Foto: Hans Wagner)

Im Frühjahr 1937, d.h. nach vier Jahren seit Beginn der "Arbeitsschlacht", waren die 33 Prozent der Arbeitslosen auf nur noch 6,5 Prozent zurückgegangen und im Frühjahr 1938 (vor dem Anschluß Österreichs) gab es nur noch 507.000 statistisch gezählte Arbeitslose — 2,7 Prozent. Die Vollbeschäftigung war unter Berücksichtigung der Fluktuation fast erreicht und wurde Anfang 1939 Wirklichkeit. Die Zahl der zur Arbeit zur Verfügung stehenden Kräfte hatte sich außerdem in den fünf Jahren von 18 Millionen auf 20,5 Mill. erhöht. Von diesem Zuwachs entfielen allein 700.000 auf Frauen, die sich der Berufsarbeit neu zuwenden konnten.

In diesen fünf Jahren hatte sich die Zahl der gebauten Wohnungen gegenüber 1932 verdoppelt, die Investitionen der Verkehrswirtschaft waren bis 1938 mit 3,8 Milliarden RM gegenüber 1932 auf das 4,5 fache gestiegen. Von diesen Investitionen entfielen 1938 allein 45 Prozent auf den Straßenbau (davon schon 1934 178 Millionen RM für die Reichsautobahnen). Für 1938 lauteten die Zahlen 915 Millionen bzw. 50%. Die größte Steigerung erreichten die Industrie-Investitionen. Sie waren nach 2,6 Milliarden RM 1928 auf ein Tief von nur 439 Millionen 1932 abgesunken. Ein Betrag von 2,6 Milliarden wurde schon 1937 wieder überschritten und 1939 ein Industrie-Investitionsvolumen erreicht, das dem Zehnfachen von 1932 entsprach. Die Zahl der Personenkraftwagen und Lastkraftwagen hatte sich seit 1933 verdreifacht.

Die Beschäftigung der Industrie (Altreichsgebiet) steigerte sich nach den Indexzahlen (1928 = 100) in den sieben Jahren von 1932 bis 1938 um 112 Prozent, das

sind etwa 13 Prozent im Jahr. Die Gesamtumsätze der Wirtschaft stiegen (geschätzt nach Umsatzsteuerzahlungen) von 1932-1938 um das 2,6 fache. Das deutsche Volkseinkommen (Altreich) — in etwa dem heutigen Sozialprodukt vergleichbar — betrug 1939 ziemlich genau das Doppelte von 1932, nämlich 90 Milliarden RM. Das Jahreseinkommen der Arbeiter hatte sich seit 1932 gleichfalls mehr als verdoppelt. Dabei blieben die Preise fast stabil: Die Reichsindexziffern für Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Beleuchtung und diverse Gebrauchs- und Verbrauchsgüter stiegen in den gleichen Jahren insgesamt nur um 5,6 Punkte, d.h. um ca. 0,8 Prozent im Jahresdurchschnitt. Die Bruttoverdienste pro Woche stiegen von 1932 bis 1939 in absoluten Zahlen um 30 Prozent und in realer Kaufkraft um 22,6, also um über 3 Prozent im Jahr. Diese Zahlenreihen lesen sich wie eine Bilderbuchillustration zum Thema "Wachstum und Stabilität".

Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht spielten für diese Wirtschaftsentwicklung die Aufwendungen für die Rüstung in den Jahren 1933/35 eine nur geringe, 1936/37 etwa eine normale und erst 1938/39 eine große Rolle. Sie blieben aber auch dann noch als Motor wirtschaftlichen Wachstums weit hinter den Investitionen für den nicht rüstungsbedingten Bereich zurück. Für Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Wohnungsbau, Energiewirtschaft und öffentliche Verwaltung wurden von 1933 bis 1939 rund 100 Milliarden RM investiert.

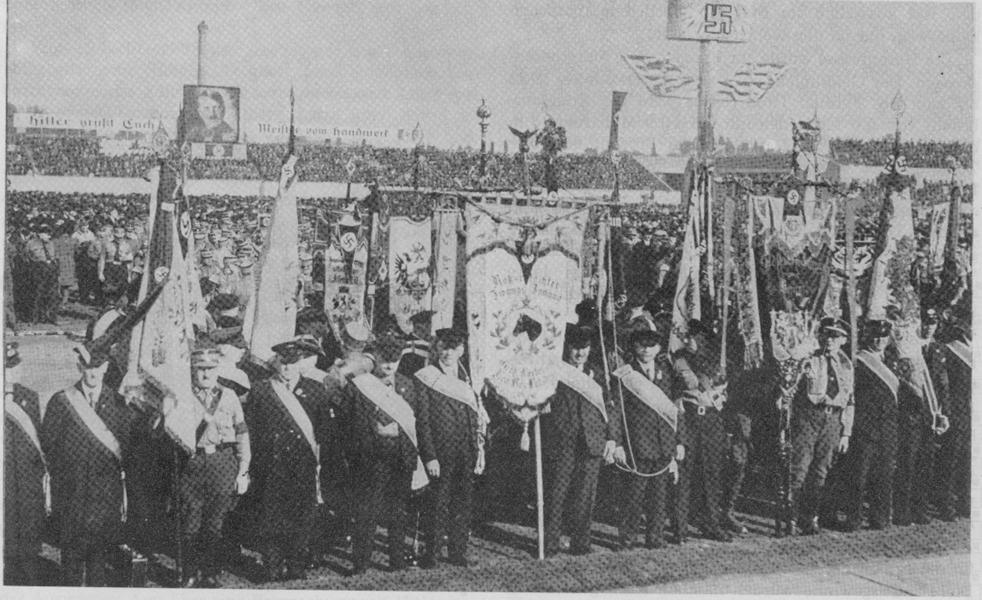
Die Ausgaben für Wehrmacht und Rüstung dagegen betrugen:

1933/34	1,9 Mrd. RM =	4% des	Volkseink.
1934/35	1,9 Mrd. RM =	4% des	Volkseink.
1935/36	4 Mrd. RM =	7% des	Volkseink.
1936/37	5,8 Mrd. RM =	9% des	Volkseink.
1937/38	8,2 Mrd. RM =	11% des	Volkseink.
1938/39	18,4 Mrd. RM =	22% des	Volkseink.

Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung betrug 1934 der Anteil der Rüstungsausgaben am Volkseinkommen in Großbritannien 3,0%, in Frankreich (1932) 8,1%, in Japan 8,4%, und in Sowjetrußland 9,0%.

Ein 'normales' Maß an Ausgaben für Wehrmacht und Rüstung wurde erst überschritten, als die Arbeitslosigkeit nahezu beseitigt war.

Wie war ein solcher "Aufschwung nach Maß" finanzpolitisch überhaupt möglich? Erst im Jahre 1936 hat der englische Nationalökonom Keynes damit begonnen, seine bahnbrechenden Gedanken über eine aktive Konjunkturpolitik zu veröffentlichen. Die Finanzierung des Wirtschaftsaufschwungs im "Dritten Reich" beruhte auf ähnlichen Gedankengängen (Gregor Strasser: "Arbeit schafft Kapital"), wenn auch nicht auf so exakt angestellten wissenschaftlichen Überlegungen basierend. Der Aufschwung wurde durch "produktive Geldschöpfung" ermöglicht. Ausgesprochene Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden — wie schon unter Brüning und



Aufmarschierte Verbände und Innungen des deutschen Handwerks am 15. Oktober 1933

Papen, wenn auch damals im "Miniformat" — durch Zwischenschaltung verschiedener Trägergesellschaften von der Reichsbank auf Wechselbasis bei mehrfacher Prolongation finanziert. Die Gesamtaufwendungen für diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beliefen sich in den Jahren 1933/36 auf ca. 5 Milliarden RM, von denen bis 1939 ca. 4 Milliarden durch Wechseleinlösungen über den ordentlichen Etat abgedeckt wurden.

Die bedeutenden Wirtschaftsinvestitionen für Österreich, das Sudetenland und das "Protektorat" wurden ganz überwiegend auf normalen wirtschaftlichen Kreditwegen mit "Reichsbürgschaften" finanziert. Für Rüstungsgüter wurden durch Sonderfinanzierung (Mefowechsel, Lieferschatzanweisungen, Steuergutscheine, Reichsbürgschaften und ähnliche Finanzierungsmittel) bis 1939 höchstens 20-25 Milliarden RM aufgewandt. Die Investitionen der die Rüstungsgüter erzeugenden Werke wurden durch vereinbarte Abschreibungen über den Preis finanziert und sind daher in den Kosten der Rüstungsgüter enthalten. Aufwendungen für den laufenden Bedarf der im Aufbau befindlichen Wehrmacht (Personalkosten, Baukosten und Inventar) konnten ganz überwiegend aus dem ordentlichen Etat bestritten werden, hatte sich doch das Aufkommen aus Steuern und Zöllen durch die Wirtschaftsbelebung von 6,8 Milliarden RM 1932 auf 23,5 Milliarden 1939 erhöht und damit mehr als verdreifacht! Allein aus dem Zuwachs von Steuern und Zöllen über das Niveau von 1933 hinaus standen in diesen sieben Jahren über 40 Milliarden RM zusätzlich im Etat zur Verfügung (natürlich keineswegs nur für den Wehrmachtsetat).

Die Notenpresse wurde zur Finanzierung nicht herangezogen. Der Geldumlauf stieg vom 31. Dezember 1932 bis zum 28. Februar 1939 (letzte Zahl vor Kriegsausbruch) von 5,6 Milliarden nur auf 10,9 Milliarden, d.h. die Umlaufmenge stieg um ca. 100 Prozent bei einer Zunahme des Wirtschaftsvolumens um mehr als 100 Prozent und einer Vergrößerung des Währungsbereichs nach Kopfzahl gemessen (Österreich, Sudetenland) um mehr als 15 Prozent. Die deutsche Auslandsverschuldung ging von 19 Milliarden im Februar 1938 zurück. Einem "Kapitalverzehr" von 2.894 Millionen RM im Jahre 1932 stand eine Geldkapitalbildung von 7.000 Millionen RM im Jahre 1938 gegenüber.

Wirtschaftskrise und Wirtschaftselend waren bis 1938 beseitigt. Ebenso war aber auch der zweite Vierjahresplan zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen: Die Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und Lebensgrundlage der Nation war in fünf Jahren gelungen. Das Preisniveau der aus der deutschen Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse wurde von 1932/33 bis 1938/39 — stark differenziert — im Gesamtdurchschnitt um 35 Prozent heraufgesetzt. Aber die Reichsindexziffern der Lebenshaltungskosten für die Ernährung der Bevölkerung stiegen nur um 6,5%. Die Handelsgewinne wurden nämlich stark gekürzt. Es wurde durch die Preispolitik die wichtige Verlagerung vom Getreide weg zu Kartoffeln, Schlachtvieh und Milch erreicht. Die Betriebsabgaben stiegen von 1932/33 bis 1938/39 um 33 Prozent, die Verkauferlöse in der gleichen Zeit um 72 Prozent. Der für die gesamte Landwirtschaft (Altreich) statistisch errechnete Betriebsüberschuß stieg in einer kontinuierlichen Linie von 766 Millionen RM 1932/33 auf 3.480 Millionen RM 1938/39, also auf über das Vierfache.

Die hier kurz geschilderte Entwicklung bedeutete für die Mehrheit des deutschen Volkes einen Ausweg aus Not, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zu einem anscheinend gesicherten lebenswerten Dasein und verschaffte bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes einen Vertrauensfundus, der bis weit in die Kriegsjahre hinein erhalten blieb.

Hitler hatte das deutsche Volk — so glaubte man — aus einer ausweglosen Lage gerettet. Daneben verblaßte für den einzelnen, was immer an Fehlentwicklungen personeller oder anderer Art in Partei und Staat, an Mißbräuchen, Übertreibungen durch die Propaganda und Verhetzung gegen Andersdenkende bekannt, geflüstert oder offenkundig wurde. Ihm, Hitler, schrieb man es nicht zu; er würde auch dies eines Tages zu bereinigen wissen, so tröstete man sich. Das selbstserlebte Wirtschaftswunder wirkte als beherrschendes Erlebnis noch lange nach.

Gewaltige Einzelprojekte gelangten zur Durchführung. Kraftwerke, Wasserleitungen, Brücken, Autostraßen, Flugplätze, Kanäle, Talsperren, Kläranlagen. — Hier: Eine der damals größten Wasserleitungen der Welt, das Harzwasserwerk Osterode-Bremen ist begonnen worden!

seiner Eigenschaft als Reichskanzler vorgelegt werden sollte und machte meist akzeptierte Vorschläge für erforderliche Reaktionen oder Antworten. Hitler unterschrieb sehr bald ziemlich alles, was Lammers ihm zur Unterschrift vorlegte; er vertraute ihm.

2. Besprechungen im größeren Kreise waren nach Hitlers Auffassungen Zeitverschwendung. Sie produzierten vor allem Bedenken, brachten Zeitverzögerung und behinderten zügiges Handeln. Richtige Informationen oder Aufklärung ohne Diskussionen waren, wenn überhaupt, besser und schneller durch Besprechungen unter vier Augen oder im kleinsten Kreise zu erzielen. Daher auch seine Abneigung gegen Kabinettssitzungen, aber auch z.B. gegen Tagungen und Besprechungen mit den Gauleitern in ihrer Gesamtheit. Auch den "Notenaustausch" zwischen den Ministerien mißbilligte Hitler. Den Ministerbesprechungen sollte aber in jedem Falle Lammers beiwohnen, um — sofern er das für nötig hielte — Hitler orientieren zu können.

3. Im allgemeinen seien Ministerien und andere Verwaltungseinheiten nach ihrer Struktur, Arbeitsweise und Denkweise ungeeignet, neu auftauchende Probleme und Aufgaben zügig und wirkungsvoll zu lösen, besonders dann, wenn sie — was häufig der Fall war — auf Versäumnissen der Vergangenheit beruhten. In letzterem Falle würde jeder zuständige Minister natürlich geneigt sein, zur Selbstrechtfertigung gegen die Behauptungen einer Fehlentwicklung anzukämpfen oder die Lösung verzögerlich zu behandeln.

4. Aus alldem ergibt sich Hitlers besondere Bevorzugung von Sonderaufträgen und Sondervollmachten aller Art. Für die Ministerialbürokratie waren sie natürlich allgemein äußerst lästig, zumal oft Abgrenzungsschwierigkeiten auftraten. Hitler blieb aber dabei und Göring ahmte ihn darin nach — übertrieb es aber —, eintretende Krisen oder neu auftretende Probleme außerhalb der üblichen Regierungsmaschinerie bearbeiten zu lassen. Hitler war dabei der Meinung, daß ideenreichen und tatkräftigen Einzelpersönlichkeiten, denen man zeitlich dringende und auch zeitlich begrenzte Aufgaben stellte, ein zügiges Arbeiten durch ausreichende Vollmachten ermöglicht werden müsse. Reibungen und Überschneidungen mit bestehenden oder sich zuständig fühlenden Organisationen oder Dienststellen mußten dann eben notfalls in Kauf genommen werden. Eine frustrierte Behörde könne leichter ertragen werden als eine frustrierte unentbehrliche Persönlichkeit.

Dazu einige Beispiele:

Als Hitler sich zum großzügigen Ausbau der Autobahnen entschloß, wurde nicht das Verkehrsministerium, sondern Fritz Todt beauftragt. Als die Devisenlage eine Verbreiterung der Rohstoffbasis erforderte, wurde nicht das Reichswirtschaftsministerium, sondern Wilhelm Keppler beauftragt, "alle diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich sind, um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen."

Als dies sich als unzureichend erwies, erhielt Göring (nicht Schacht) wegen seiner bewährten Durchschlagskraft eine umfassende Vollmacht auf diesem Gebiete.

Als inflationäre Erscheinungen das Preisniveau 1936 in Bewegung brachten, wurde nicht das Reichswirtschaftsministerium und Reichsernährungsministerium angewiesen, dem in ihren Bereichen entgegenzuarbeiten, sondern Gauleiter Josef Wagner wurde "Preiskommissar" mit weitreichenden Vollmachten, weil die zuständigen Ministerien die Entwicklung verschlafen hatten.

5. Alles, was bis hierher geschildert wurde, hat eine stark formalistische Komponente. Der Führungsstil Hitlers beschränkte sich aber darauf keineswegs.

Hitler empfand sich mit vollem Recht — als plebiszitärer Führer. Das Volk hatte sich für i h n entschieden, nicht in erster Linie für die NSDAP. Und er hielt die Durchführung seiner Ziele, die er anstrebte, nur für gesichert, wenn seine Autorität in Volk und P a r t e i völlig unangefochten war.

Partei-"Nebenregierung" war für ihn unakzeptabel, ja unvorstellbar. Nach dem Röhm-Putsch — der entgegen manchen Behauptungen von Historikern und solchen, die es sein möchten, ein echter Putsch war (ich habe im Gau Kurmark regional Einblick in ihn gehabt) — war sein Führungsstil darauf gerichtet, hier ganz klare Verhältnisse zu schaffen.

"Machtstrukturen" sollte es nicht geben. Nach dem Putsch wurde die SA hinsichtlich ihrer Aufgaben sowie personell entmachtet und führte nur noch ein Schattendasein; darüber hinaus wurde den Gauleitern — soweit noch notwendig — unübersehbar klar gemacht, daß sie nur regionale Aufgaben und Befugnisse und keinen darüber hinausgehenden Einfluß hätten. Es gab kein NSDAP-"Politbüro."

6. Die Geschichte der Gauleiter, ihrer Funktionen und ihrer Arbeitsweise ist in einer hervorragenden zeitgeschichtlichen Forschungsarbeit festgehalten worden: Peter Hüttenberger "Die Gauleiter — Zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP".

Diese Arbeit ist von besonderer Qualität und gibt m.E. die Wirklichkeit des Dritten Reiches zutreffend wieder. Die Zusammenfassung und der Gesamtüberblick auf der Rückseite des in der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte herausgegebenen Artikels ist m.E. formal und tatsächlich optimal.

7. Es gehörte auch zu Hitlers Führungsstil, daß er aus den Reihen der Gauleiter immer wieder Leute seines Vertrauens mit Sonderaufgaben im Staat betraute, wie

Bürckel, Sauckel, Lohse, Josef Wagner, Koch, Kube, und daß er ihnen — oft über die Grenze des Möglichen und Einträglichen hinaus — die in der Gemeinsamkeit alter Tage gewachsene Treue hielt.

Erteilte aber Hitler solche Aufträge, so waren die betreffenden Persönlichkeiten nicht in ihrer Funktion als Gauleiter tätig, sondern als Staatskommissare, die Hitler in seiner Eigenschaft als Reichskanzler und nicht in seiner Eigenschaft als Parteiführer unterstanden.

Abschließend muß eindeutig festgehalten werden: Es gab niemanden in Partei und Staat, den Hitler nicht in jedem Augenblick aus seiner Position hätte abberufen können: Diese Gesamtkonstruktion schloß es aus, daß Hitler mit Querelen aller Art hätte kämpfen müssen. Insoweit war dieser Zustand eine wichtige Voraussetzung für seinen Führungsstil; er brauchte weder Arbeitskraft noch Zeitaufwand zu verschwenden, um mit Widerständen in Partei oder Regierung zu kämpfen. Und dieser Zustand der Omnipotenz dauerte — ganz unverständlicherweise — auch dann noch fort, als Hitler längst die Schwelle der Regierungsfähigkeit überschritten hatte, was nach meinen Beobachtungen und Vorstellungen spätestens im Juni 1944 der Fall war.

****

„Deutscher Sozialismus' im Dritten Reich

Als die NSDAP unter dem Namen "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" gegründet wurde, geschah das zweifellos im bewußten Gegensatz zum internationalen Marxismus und besonders auch unter scharfer Ablehnung von dessen Grundidee, nämlich der Notwendigkeit des Klassenkampfes. An seine Stelle sollte der "Deutsche Sozialismus" treten, der keine Apparatur, kein Programm, sondern eine Gesinnung war.

Im Brockhaus 1923 ist das Stichwort "Sozialismus" wie folgt formuliert:

> *"Der Inbegriff der weltanschaulichen und ökonomischen Theorien und praktischen Maßnahmen, die eine neue Lebens- und Wirtschaftsordnung unter stärkster Betonung der Wirtschaftsidee erstreben, im Gegensatz zu den individualistischen Auffassungen von Wirtschaft und Gesellschaft."*

Genau das war die vage Idee des deutschen Sozialismus. Hitler rief nicht zum Kampf aller gegen alle auf, sondern zur Volksgemeinschaft "aller Deutschen". Dem Klassenkampf von rechts und links galt sein politischer Kampf. Das bald eingeführte Wort vom "Arbeiter der Stirn und der Faust" sollte eine Kluft zwischen Handarbeitern und geistig Arbeitenden schließen und das soziale Empfinden des Volkes ansprechen. Staat und Partei aber sollten die Aufgabe und die Pflicht haben, im Auftrag des Volksganzen den Schwachen im Volke zu helfen, sich selbst zu helfen. Mit dieser Zukunftsvision, gepaart mit der Forderung nach der Befreiung vom Versailler Diktat, wurde Hitler Führer einer Massenbewegung und schließlich Kanzler des deutschen Reiches. Von Gregor Strasser, dem Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Reichstag, stammt dazu das Wort von der "antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes" (so Gauleiter Jordan in seinem Buch "Im Zeugenstand der Geschichte"). Diese "antikapitalistische Sehnsucht" erfüllte nach meiner Kenntnis auch die überwältigende Mehrheit der für das innenpolitische Geschehen stark bestimmenden Gauleiter sowohl nach ihrem Werdegang als auch nach ihren Lebenserfahrungen. Insoweit würde man sie nach heutigen Vorstellungen zweifellos als "Linke" einstufen, mindestens als "links von der Mitte" eingruppieren. In der Zeit zwischen der Machtübernahme und der ersten Reichstagswahl im Dritten Reich, im März 1933, stellte Keppler an Hitler die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, den Namen der Partei zu ändern, nachdem doch jetzt von der Partei das ganze deutsche Volk angesprochen würde und die Mitglieder zu einem sehr hohen Anteil aus der Landwirtschaft und dem kleinbürgerlichen Mittelstande stammten. Hitler wies das ohne Besinnen zurück. Der Name der Partei solle und müsse so bleiben, wie er jetzt laute: Arbeiterpartei (nicht Partei der Arbeiter). Das bedeutete f ü r die Arbeiter — und das sei gut so. Es müßten sich alle Nationalsozialisten immer wieder einprägen, daß die Arbeiter am meisten der Hilfe der Partei bedürften. Die übrigen Berufsgruppen könnten sich schon eher selbst helfen.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde nur wenig Zeit verloren, um die Grundgedanken einer Beendigung des Klassenkampfes durchzusetzen. Die Organe des Klassenkampfes, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, wurden aufgelöst. Der traditionelle Feiertag der Werktätigen, der 1. Mai, wurde am 1. Mai 1933 als Tag der "nationalen Arbeit" zu einem Feiertag des ganzen Volkes erklärt.

Die Beziehungen zwischen Unternehmern und Betriebsangehörigen wurden sehr bald durch das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" auf eine ganz neue Basis gestellt und ein staatlicher Schutz für die Arbeiter durch das "Gesetz über die Treuhänder der Arbeit" geschaffen.

Da heißt es in § 3:

"Bis zur Neuordnung der Sozialverfassung regeln die Treuhänder anstelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, einzelnen Arbeitgebern oder der Vereinigung von Arbeitgebern für die beteiligten Personen die Bedingungen über den Abschluß von Arbeitsverträgen... Im übrigen sorgen die Treuhänder für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens. Sie sind zur Mitarbeit an einer neuen Arbeitsverfassung berufen."

Die Treuhänder der Arbeit wurden im wesentlichen nicht als Berufsbeamte bestellt, sondern als Persönlichkeiten von bewährter sozialer Gesinnung und Vergangenheit.

Im folgenden Jahr wurde das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" und auch das "Treuhändergesetz" geschaffen. Im übrigen wurde die Durchführung des deutschen Sozialismus, so möchte ich das nennen, von Adolf Hitler Robert Ley, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, übertragen, indem er ihn mit der Schaffung der deutschen Arbeitsfront als Nebenorganisation der NSDAP beauftragte. "Betriebsführer" und "Arbeitnehmer" sollten in gleicher Weise Mitglied der DAF sein.

Über Robert Ley schreibt Joachim C. Fest in seinem Buch "Das Gesicht des Dritten Reiches":

"Die Erscheinung Robert Leys hingegen in ihrem zugleich schwächlichen, verstiegenden und derben, insgesamt aber dürftigen Zuschnitt legte den Verzicht auf einen zusätzlichen Beitrag um so eher nahe, als die persönlichen Strukturen sich in diesem Falle mit denen einiger Partner aus dem Gefolge Hitler weitgehend decken."

Die Bemerkung zeugt von einer völligen Unkenntnis der Wirklichkeit des Dritten Reiches, und wahrlich nicht nur in diesem Falle. Robert Ley war eine der bedeutendsten, eigenständigsten Persönlichkeiten im Dritten Reich; von großem Ideenreichtum, großer motorischer, schwer zu bremsender Durchsetzungskraft und einem nie erlahmenden Idealismus und Willen, dem deutschen Arbeiter in seiner Gesamtheit zu einem besseren Leben zu verhelfen, soweit es nur irgendwie in seiner Macht stand. Insoweit war er der Ideenträger des "deutschen Sozialismus" schlechthin.

Die DAF vermochte mit der Autorität einer Parteiorganisation das an Lohn für die Arbeiter zu erkämpfen, was im Frieden betrieblich, gesamtwirtschaftlich und im Rahmen der erstrebten Preisstabilität irgend möglich war. Dabei nahmen zunehmend neben der Lohnhöhe selbst im Laufe der Jahre umfangreiche Nebenleistungen der verschiedensten Art einen besonderen Raum ein.

Im folgenden soll nur ein kurzer Überblick gegeben werden durch ein Zitat aus der Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 19 von Peter Hüttenberger "Die Gauleiter" — eine in jeder Beziehung sorgfältig recherchierte und objektiv wertende historische Arbeit:

"Die Übernahme der Gewerkschaftsvermögen und das Einkommen der Mitgliedsbeiträge machten die DAF zu einer außerordentlich finanzstarken Organisation. Als "angeschlossener Verband" der NSDAP besaß sie im Gegensatz zu den Gliederungen der NSDAP eigenes Vermögensrecht. Der Reichsschatzmeister der NSDAP hatte nur bestimmte Aufsichts- und Revisionsvollmachten, war aber nicht Verwalter des DAF-Vermögens. Mit ihren (1938) rund 23 Millionen Mitgliedern war die DAF zahlenmäßig fast fünfmal so stark wie die NSDAP und während viele NSDAP-Gaue in den ersten Jahren des Dritten Reiches noch immer verschuldet waren, konnte die DAF eigene Banken und potente wirtschaftliche Organisationen errichten und ihren Einfluß kontinuierlich ausdehnen. Ley, dem Gauleiter Wahl "krankhafte Organisationswut" nachsagte und der tüchtige Organisatoren wie Selzner zur Seite hatte, baute ab Januar 1934 das Reichsheimstättenamt auf, das bis 1936 über 200.000 Bauprojekte in Angriff nahm. Die DAF errichtete zahlreiche Schulen und Werkstätten für Berufserziehung und Umschulung, in denen nach Aussagen Leys bis 1936 250.000 Lehrkräfte beschäftigt und 2,5 Millionen Arbeitnehmer geschult wurden. Sie organisierte die Reichsberufswettkämpfe und gab in eigenen Verlagen 88 Fach- und Berufszeitschriften mit einer Gesamtauflage von 10 Millionen Exemplaren, außerdem eine Reihe von politisch propagandistischen Zeitschriften heraus ('Arbeitertum', 'Schönheit der Arbeit', 'Der Aufbau'). Sie überwachte und leitete Einrichtungen zur Förderung der Volksgesundheit, das Riesenunternehmen 'Kraft durch Freude', baute Tausende von Grünanlagen, Hunderte von Sportplätzen und Schwimmbädern, unterhielt eigene Theater, ein Reichssymphonieorchester usw., besaß ein Volksbildungswerk und einen sogenannten 'Arbeiterdank' zur Betreuung von Wehrmachtsreservisten. Zur Schulung der eigenen Funktionäre betrieb die DAF 9 Reichsschulen und 40 Gauschulen. Sie finanzierte auch die Parteischulen in den 'Ordensburgen' Vogelsang, Sonthofen und Grössinsee, die Ley in seiner Eigenschaft als Reichsorganisationsleiter der NSDAP unterstanden. Letztere waren ein Beispiel dafür, daß die Mittel und der Apparat der DAF auch dem Reichsorganisationsleiter zugute kam und dessen Stellung stärkten."

Reichsbauerntag — Erntedank
Goslar 1935

Motor der Außenpolitik Hitlers:
Furcht vor dem Bolschewismus

Zwei Jahre war ich nach dem Kriege in alliierten Internierungslagern, zwei Jahre im Justizpalast in Nürnberg und zwei Jahre im Zuchthaus in Landsberg. Ich hatte damals ausreichend Zeit, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzudenken. In bezug auf die Vergangenheit beschäftigte mich dabei natürlich und immer wieder die Frage: was war die Motivation für Hitlers Außenpolitik? Seitdem sind 40 Jahre vergangen und ich habe einen großen Teil des historisch Relevanten über die 6 Jahre Frieden und 6 Jahre Krieg des Dritten Reiches gelesen. In bezug auf die Motivation von Hitlers Außenpolitik bin ich im wesentlichen bei der Überzeugung geblieben, die ich mir schon im Justizpalast in Nürnberg gebildet hatte:

Der alles andere überschattende Leitstern von Hitlers Außenpolitik war die Furcht vor dem Bolschewismus.

1. Im August 1936 verfaßte Hitler eine Denkschrift über die Aufgaben des Vierjahresplanes. Sie war damals nur in drei Exemplaren vorhanden. Göring war es von Hitler untersagt worden, aus ihr vorzulesen oder sie gar weiterzugeben. Sie war also zweifellos nicht für Propagandazwecke bestimmt. Sie sollte auch nicht Dritte beeinflussen. Soweit ich daraus im folgenden zitiere, sind Unterstellungen aus dem Original übernommen. Die Zitate stammen sämtlich aus dem ersten Teil der Denkschrift, der die Unterüberschrift trägt

Die politische Lage

"Politik ist die Führung und der Ablauf des geschichtlichen Lebenskampfes der Völker. Das Ziel dieser Kämpfe ist die Behauptung des Daseins. Auch die idealistischen Weltanschauungskämpfe besitzen ihre letzten Ursachen und erhalten ihre tiefsten Antriebe aus völkisch gegebenen Lebenszwecken und Zielen. Religionen und Weltanschauungen vermögen aber solchen Kämpfen stets eine besondere Härte zu geben und verleihen ihnen daher auch eine große geschichtliche Eindringlichkeit. Sie prägen dem Inhalt von Jahrhunderten ihren Stempel auf. Es ist dann nicht möglich, für Völker und Staaten, die im Bannkreis solcher weltanschaulicher oder religiöser Auseinandersetzungen leben, sich von den Ereignissen abzusondern oder auszuschließen.

Christentum und Völkerwanderung bestimmten den geschichtlichen Inhalt von Jahrhunderten. Der Mohammedismus erschütterte den Orient und zugleich das Abendland ebenfalls auf die Dauer von einem halben Jahrtausend. Die Reformation zog ganz Mitteleuropa in den Bereich ihrer Folgen. Es war einzelnen Staaten dabei nicht möglich, sich – sei es durch Klugheit oder durch gewollte Teilnahmslosigkeit – von den Ereignissen auszunehmen. Seit dem Ausbruch der Französischen Revolution treibt die Welt in immer schärferem Tempo in eine neue Auseinandersetzung, deren extremste Lösung Bolschewismus heißt, deren Inhalt und Ziel aber nur die Beseitigung und Ersetzung der bislang führenden Gesellschaftsschichten der Menschheit durch das international verbreitete Judentum ist. Kein Staat wird sich dieser geschichtlichen Auseinandersetzung entziehen oder auch nur fernhalten können.

Seit sich der Marxismus durch seinen Sieg in Rußland eines der größten Reiche der Welt als Ausgangsgebiet für seine weiteren Operationen geschaffen hat, ist diese Frage zu einer bedrohlichen geworden. Einer in sich selbst weltanschaulich-zerrissenen demokratischen Welt tritt ein geschlossener, autoritär weltanschaulich fundierter Angriffswille gegenüber.

Die militärischen Machtmittel dieses Angriffswillens steigern sich dabei in rapider Schnelligkeit von Jahr zu Jahr. Man vergleiche mit der heute tatsächlich geschaffenen Roten Armee die Annahmen des Militärs vor 10, 15 oder 20 Jahren, um sich ein Bild der dann eintretenden Verhältnisse zu machen.

Deutschland wird wie immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber den bolschewistischen Angriffen anzusehen sein. Ich fasse dies nicht als eine erfreuliche Mission auf, sondern als eine leider durch unsere unglückliche Lage in Europa bedingte Erschwerung und Belastung unseres völkischen Lebens. Wir können uns aber diesem Schicksal nicht entziehen.

Unsere politische Lage ergibt sich aus folgendem:

Europa hat zur Zeit nur zwei dem Bolschewismus gegenüber als standfest anzusehende Staaten: Deutschland und Italien. Die anderen Länder sind entweder durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen oder von autoritären Regierungen beherrscht, deren einzige Stärke die militärischen Machtmittel sind, d.h. aber: sie sind infolge der Notwendigkeit, die Existenz ihrer Führung den eigenen Völkern gegenüber durch die Brachialmittel der Exekutive zu sichern, unfähig, diese Brachialgewalt zur Erhaltung der Staaten nach außen anzusetzen. Alle diese Länder wären unfähig, jemals einen aussichtsvollen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen.

Wie denn überhaupt außer Deutschland und Italien nur noch Japan als eine der Weltgefahr gegenüberstehende Macht angesehen werden kann. Es ist nicht der Zweck dieser Denkschrift, die Zeit zu prophezeien, in der die

unhaltbare Lage in Europa zur offenen Krise werden wird. Ich möchte nur in diesen Zeilen meine Überzeugung niederlegen, daß diese Krise nicht ausbleiben kann und nicht ausbleiben wird, und daß Deutschland die Pflicht besitzt, seine eigene Existenz dieser Katastrophe gegenüber mit allen Mitteln zu sichern und sich vor ihr zu schützen und daß sich aus diesem Zwang eine Reihe von Folgerungen ergeben, die die wichtigsten Aufgaben betreffen, die unserem Volk jemals gestellt worden sind.

Denn ein Sieg des Bolschewismus über Deutschland würde nicht zu einem Versailler Vertrag führen, sondern zu einer endgültigen Vernichtung, ja Ausrottung des deutschen Volkes.

Das Ausmaß einer solchen Katastrophe kann nicht abgesehen werden. Wie denn überhaupt der dicht bevölkerte Westen Europas (Deutschland inbegriffen) nach einem bolschewistischen Zusammenbruch wohl die grauenhafteste Völkerkatastrophe erleben würde, die seit dem Verlöschen der antiken Staaten die Menschheit heimgesucht hat.

Gegenüber der Notwendigkeit der Abwehr dieser Gefahr haben alle anderen Erwägungen als gänzlich belanglos in den Hintergrund zu treten!...

Die militärische Auswertung soll durch die neue Armee erfolgen. Das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte können nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden!

Es ist ein Kapitalirrtum zu glauben, daß über die Punkte irgendein Verhandeln oder ein Abwägen stattfinden könnte mit anderen Lebensnotwendigkeiten. So sehr auch das gesamte Lebensbild eines Volkes ein ausgeglichenes sein soll; so sehr müssen doch in gewissen Zeiten einseitige Verschiebungen zuungunsten anderer, nicht so sehr lebenswichtiger Aufgaben vorgenommen werden. Wenn es nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufgabenstellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem auch in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein!"

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

2. Dieselben Gedankengänge wurden von Hitler in einer parteiinternen Rede wiederholt, die ich selbst Ende April 1937 auf einer "Schulungstagung" auf der Ordensburg Sonthofen hörte. Ich habe darüber in meinem Buch "Krisenmanager im Dritten Reich" berichtet:

"Durch eine zielbewußte, aber auch rücksichtslose Politik des Kommunismus habe Stalin in den letzten Jahren aus dem Bauernvolk des früheren Rußland und aus einem Volk mit einer hohen Quote von Analphabeten ein Industrievolk wirtschaftlicher Potenz in nicht weniger als 15 Jahren geschaffen. Ausgehend von der hohen Begabung und dem Fleiß des russischen Volkes, der unverbrauchten Kraft und der starken Bevölkerungszunahme werde dieser Prozeß sich beschleunigen und in einem weiteren Jahrzehnt spätestens daraus eine wirtschaftliche und militärische Kraft entstehen lassen, der Europa nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen habe.

'Das ist für uns eine tieftragische Situation, aber unvermeidlich. Das Reich', sagte Hitler, 'ist nun einmal geographisch Europas Sperre gegen den Osten. Die Aufgabe, eine Überflutung politischer, militärischer und völkischer Art abzuwehren, ist uns vom Schicksal auferlegt, und wir können der Aufgabe nicht ausweichen.' Er habe daher im Vierjahresplan alle Schritte vorbereitet, um uns durch Aufbau einer Rüstung und einer starken, schlagkräftigen Wehrmacht alle Möglichkeiten zu verschaffen, dieser Drohung mit Erfolg widerstehen zu können. Für ihn sei sicher, daß die Zeit nicht für uns, sondern für den Osten arbeitete."

3. Die Teilmobilisierung der tschechoslowakischen Streitkräfte am 20. Mai 1938 und die Erwartung des hohen Wahlsieges Konrad Henleins, des Führers der Sudetendeutschen, am 22. Mai 1938 entschied über das Schicksal der Tschecho-Slowakei. Hitler wurde schlagartig klar, daß ohne die Ausschaltung der tschechoslowakischen Streitkräfte und Flugplätze, auf denen die Sowjetunion generelle Landeerlaubnis hatte, die Sowjetunion uns jederzeit in eine militärisch hoffnungslose Lage bringen könnte. Im Zusammenhang damit fiel das Wort "die Tschecho-Slowakei als Fulgzeugmutterschiff im offenen Leibe des Reiches". Die dramatischen Maitage 1938 sind von Gauleiter Jordan als Tatzeuge dieser Tage (Hitler war bei ihm in Dessau) in seinem Buch 'Im Zeugenstand der Geschichte' geschildert.

4. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt am 23. August 1939 und das gleichzeitig abgeschlossene Geheimabkommen über die Aufteilung Ost-Mittel-Europas in Interessensphären besiegelten auf Grund des hierdurch unbeeindruckten britischen Kriegswillens das Schicksal Polens. Nie wieder würde die Möglichkeit bestehen, mit Zustimmung der Sowjetunion die Ostgrenze des Deutschen Reiches soweit ostwärts vorzuschieben.

5. Die Besprechungen Hitler's mit Molotow, dem Außenminister der Sowjetunion, am 12. und 13. November 1940 entschieden die Frage endgültig, ob es eventuell möglich sein würde, den Expansionsdrang der Sowjetunion nach Asien abzuleiten. Molotow bestand darauf, daß Rumänien, Bulgarien und die Dardanellen eindeutig zur Interessensphäre Sowjetrußlands gehören müßten. Als Molotow Berlin verlassen hatte, wurde von Hitler die Vorbereitung der Aktion "Barbarossa" angeordnet.

Während die Führung der Wehrmachtsteile gegen die Aggression gegen Dänemark und Norwegen und den Westfeldzug schwerste Bedenken geltend gemacht hatte, wurden solche Bedenken gegen einen Rußland-Feldzug kaum geltend gemacht. Man glaubte, wiederum einen Blitzkrieg erfolgreich durchführen zu können. Dann zeigte sich aber, daß dabei von falschen Voraussetzungen ausgegangen worden war. Trotz des hohen Lobes, das damals und auch noch von manchen Leuten heute dem deutschen Militärattaché in Moskau und einem Teil des Nachrichtendienstes "Fremde Heere Ost" unter Gehlen gespendet worden ist, zeigte sich, daß rüstungsmäßig, militärisch und politisch von vollkommen falschen Voraussetzungen ausgegangen wurde.

Hitlers Furcht vor dem Bolschewismus erwies sich als voll begründet.

(abgedruckt in "beilage zur wochenzeitung das parlament – aus politik und zeitgeschichte" vom 29. Juli 1978, S. 20-21, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn)

ALBERT SPEER's "Erkenntnisse"

Albert Speer

Schriftliche, beeidete Erklärung vom 15. Juni 1977

"Ich, Albert Speer, kenne die Bedeutung einer Eidesstattlichen Versicherung und erkläre hiermit wie folgt an Eides Statt:

Heute in Heidelberg, Schloß-Wolfsbrunnenweg 50, wohnhaft, habe ich das Studium eines Architekten an der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg mit dem akademischen Grad eines Diplom-Ingenieurs abgeschlossen. Ich wurde nach 1933 Hitlers Architekt, ab 1942 der für die Rüstung in der Regierung Hitlers verantwortliche Minister. Im Prozeß des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, wurde ich am 1. Oktober 1966 entlassen. Danach schrieb ich zwei Bücher "Erinnerungen" und "Spandauer Tagebücher".

Der Judenhaß war der Motor und Zentralpunkt Hitlers, vielleicht sogar das eigentliche ihn bewegende Element. Das deutsche Volk, die deutsche Größe, das Reich, das alles bedeutete ihm letzten Endes nichts. Daher wollte auch der Schluß-Satz seines Testaments uns Deutsche nach dem apokalyptischen Untergang auf einen erbärmlichen Judenhaß festlegen.

Ich war in der Reichstagssitzung vom 30. Januar 1939 anwesend, als Hitler versicherte, daß bei einem Krieg nicht die Deutschen, sondern die Juden vernichtet würden. Dieser Satz war mit derartiger Bestimmtheit gesagt, daß ich an der Absicht, sie durchzuführen, nicht hätte zweifeln dürfen. Er hat diese Ankündigung seiner Absichten am 30. Januar 1942 in einer Rede, die mir ebenfalls bekannt war, wiederholt: Der Krieg würde nicht enden, wie die Juden es sich vorstellen, durch die Auslöschung der europäisch-arischen Völker, sondern das Ergebnis des Krieges würde die Vernichtung der Juden sein. Diese Wiederholung seiner Worte vom 30. Januar 1939 war nicht einmalig. Oft pflegte er seine Umgebung an die Bedeutung dieses Satzes zu erinnern.

Wenn er auf die Opfer der Bombenangriffe zu sprechen kam, besonders nach den schweren Angriffen auf Hamburg im Sommer 1943, wiederholte er ein ums andere Mal, daß er diese Opfer an den Juden räche: ganz als käme ihm der Luftterror gegen die Zivilbevölkerung gerade recht und liefere ihm ein spätes Ersatzmotiv für ein lang beschlossenes und aus ganz anderen Persönlichkeitsschichten stammendes Verbrechen. Ganz, als wollte er mit diesen Bemerkungen das eigene Massenmorden rechtfertigen.

Bei temperamentvollen Haßausbrüchen konnte bei Hitler eher auf eine Änderung in gemäßigtere Bahnen gehofft werden. Es war daher die Bestimmtheit und Kälte, die seine Haßausbrüche gegen die Juden so glaubhaft machten. Wenn er auf anderen Gebieten mit kalter und leiser Stimme grauenhafte Entschlüsse bekanntgab, so wußte seine Umgebung und ich, daß es nun ernst geworden war. Und gerade eben mit dieser kalten Überlegenheit stellte er, auch bei der gemeinsamen Mittagstafel fest, daß er die Juden in Europa vernichten will.

Der Gauleiter von Niederschlesien, Karl Hanke, besuchte mich im Sommer 1944. Hanke hatte sich im polnischen und französischen Feldzug durch seine Tapferkeit ausgezeichnet. Er war sicher kein Mann, der ohne weiteres in Schrecken versetzt wurde. Daher hatte es besonderes Gewicht, als er mir damals erschüttert sagte, daß sich in einem Konzentrationslager seines Nachbargaues Oberschlesien ungeheuerliche Dinge ereignen. Er sei dort gewesen, und nie könne er vergessen, was er an Furchtbarem dort gesehen habe. Er erwähnte zwar keine Namen, aber es muß sich um das in Oberschlesien gelegene Auschwitz gehandelt haben. Aus der Erregung dieses kampferprobten Soldaten konnte ich entnehmen, daß etwas Unerhörtes geschah, wenn es selbst diesen alten Parteiführer Hitlers fassungslos machte.

Es gehörte zur Arbeitsweise Hitlers, daß er auch wichtige Befehle an seine Vertrauten mündlich weitergab. Auch in den Führerprotokollen meiner Besprechungen mit Hitler, die im deutschen Bundesarchiv lückenlos enthalten sind, gibt es zahlreiche Befehle auch auf wichtigen Gebieten, die Hitler mir offensichtlich nur mündlich gab. Es ist daher der Arbeitsweise Hitlers entsprechend und darf nicht als eine Lücke angesehen werden, daß kein schriftlicher Befehl zur Vernichtung der Juden vorliegt.

Die Ermordung der Juden in den Vernichtungslagern wurde vor Gericht (I.M.T.) von Zeugen und durch Dokumente vorgebracht und von keinem der Angeklagten ernstlich bestritten. Die Rede Himmlers am 4. Oktober 1943 vor den SS-Führern, in der er deutlich machte, was in den Vernichtungslagern geschah, wurde durch die Verteidigung nicht als Fälschung in Mißkredit gebracht, wie es beispielsweise mit dem Hossbach-Protokoll geschah.

Frank hat die Echtheit seines Tagesbuchs, das er nach eigener Angabe bei seiner Verhaftung den Amerikanern übergab, nie betritten. In ihm sind Bemerkungen enthalten, die beweisen, daß die Juden in Polen, bis auf einen Rest von 100.000, ausgelöscht seien. Auch diese Äußerungen Franks wurden von den Angeklagten ernst genommen, Kritik beschränkte sich auf die Dummheit, dieses diskriminierende Tagebuch den "Gegnern" überlassen zu haben.

Schirach bestätigte im vertraulichen Gespräch, schon während des Prozesses, daß er bei einer Rede Himmlers an die Gauleiter in Posen anwesend gewesen sei (am 6. Oktober 1943), in der Himmler klar und unmißverständlich die Tötung der Juden als ein zum größten Teil durchgeführtes Programm verkündete. Er kam auf dieses Ereignis, das ihn seelisch belastete, auch während der Spandauer Gefängniszeit zurück.

Göring hat in seinem Schlußwort von den schweren Verbrechen gesprochen, die im Prozeß bekanntgeworden seien, er verurteilte darin die furchtbaren Massenmorde, für die ihm jedes Verständnis fehle. Streicher verdammmte in seinem Schlußwort Hitlers Massentötungen der Juden. Für Fritzsche war, ebenfalls in seinem Schlußwort, der Mord von 5 Millionen eine grausige Warnung für die Zukunft. Die Worte dieser Angeklagten unterstützen meine Feststellung, daß die Angeklagten und die Verteidiger während des Nürnberger Prozesses die Massenmorde an den Juden als geschehen anerkannten.

Der Nürnberger Prozeß bedeutet für mich noch heute einen Versuch, zu einer besseren Welt vorzustoßen. Die Begründung meines Urteils durch das Internationale Militärgericht erkenne ich auch heute noch als im allgemeinen korrekt an. Ich halte es aber darüberhinaus heute noch für richtig, die Verantwortung und damit die Schuld für alles auf mich zu nehmen, was nach meinem Eintritt in die Hitler-Regierung am 8. Februar 1942 an Verbrechen, in generellem Sinne, begangen wurde. Nicht die einzelnen Fehler belasten mich, so groß sie auch sein mögen, sondern mein Handeln in der Führung. Daher habe ich mich für meine Person im Nürnberger Prozeß zur Gesamtverantwortlichkeit bekannt und tue dies auch heute noch. Meine Hauptschuld sehe ich immer noch in der Billigung der Judenverfolgungen und der Morde an Millionen von ihnen.

gez. Albert Speer"

Eine gebührende Antwort

Der "kleine Parteigenosse", vornehmlich jener, der schon in der Weimarer Republik der NSDAP beigetreten war, wurde vom Sieger 1945 kriminalisiert, einer "verbrecherischen Organisation" beigetreten zu sein. Und dieser Vorwurf bezieht sich auf eine Zeit, da wirklich niemand erkennen konnte, was die Jahre 1933 bis 1945 bringen würden. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes — also auch die Parteilosen —, aber auch die Regierungen und Völker der Welt, die Hitler innen- und außenpolitische Basis, Anerkennung und Aufwertung verschafft hatten, wußten offensichtlich nicht, daß "Hitlers Motor und Zentralpunkt der Judenhaß" gewesen war und daß ihm "das deutsche Volk, die deutsche Größe, das Reich letzten Endes nichts bedeutete" und daß "ihm der Luftterror gegen die Zivilbevölkerung gerade recht käme und ihm ein spätes Ersatzmotiv für ein lang beschlossenes Verbrechen liefere".

Wenn die ganze Welt das nicht wußte mit Ausnahme des Mannes Albert Speer, der sich freiwillig und engagiert in die Ministerriege Adolf Hitlers, ja an die entscheidungsvolle Position des Verantwortlichen für die Kriegsrüstung begab und dort in der kurzen Zeit seines zentralen Wirkens unmöglich Erscheinendes für Hitler möglich gemacht hat, dann muß das doch um den Charakter eines solchen Mannes grauenerregend bestellt sein!

Seit wann will Albert Speer das wissen? Seit dem 30. Januar 1939, als Hitler erklärte, daß, falls es dem internationalen Judentum gelingen sollte, die europäischen Völker in einen neuen Weltkrieg zu verstricken, dies nicht die Vernichtung der arischen Rasse, sondern der jüdischen zur Folge haben würde. Hitler hatte die Möglichkeitsform verwendet, wenn also andere als er einen Krieg erzwingen sollten, daß dann Entwicklungen eintreten würden, deren sich die Kriegstreiber bewußt sein sollten. Die Juden könnten sich in einem solchen Fall nicht als Unbetroffene betrachten. Zweifellos konnte eine solche Äußerung Hitlers auch als Drohung aufgefaßt werden und sollte es gewiß auch sein, doch sind in der Politik aller Zeiten jegliche Mittel der Abschreckung, zumal verbale Abschreckungsmittel, als legitim angesehen worden und sind es heute noch. Nicht nur Albert Speer hat diese Reichstagsrede gehört, sondern die Welt hat sie gehört, Tonaufnahmen sind geschichtlich festgehalten. Auch Albert Speer hatte seinerzeit nicht jene Folgerungen aus diesen Sätzen gezogen, wie er dies nach dem Zweiten Weltkrieg tat. Seltsam nur, daß Albert Speer vom Handeln der anderen, das Hitler zu Reaktionen zwang, überhaupt nicht spricht! Denn er müßte sich ja auch überlegen, ob nicht vielleicht gerade jenen eine solche Äußerung Hitlers "gerade recht kam", um ihn immer weiter in internationale Konflikte zu zwingen in der

Erwartung, daß man nach einem Sieg über Hitler auf seinen Vernichtungswillen gegenüber den Juden verweisen und alle anderen Zusammenhänge verschweigen könne. Wenn nun Hitler im Verlauf des Krieges des öfteren darauf zurückkam, so ist das eine Folge der Tatsache, daß der im Weltjudenkongreß organisierte Weltzionismus Deutschland den Krieg erklärt hat, somit Kriegsgegner war und dieser Kriegsgegner an allen Fronten auch gegen Frauen und Kinder ungeachtet jeglicher Kriegsregeln kämpfte, — mit dem Ziel der Vernichtung Deutschlands. Er war selbst nach dem ausgebrochenen Krieg eine treibende Kraft, jegliche Friedensinitiativen Hitlers scheitern zu lassen! Daran erinnerte sich Albert Speer bedauerlicherweise im Jahre 1977 nicht mehr.

Welches Verbrechen wiegt schwerer, ein Verbrechen im Verlauf eines Vernichtungskrieges oder eine Politik, "die zum Niedermetzeln von Millionen von Menschen führen muß", wie sie selbst der britische Kriegspremier Winston Churchill in seinen Nachkriegsmemoiren allein bereits der britischen Garantie an Polen von 31. März 1939 nachsagte ? ("Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd.1 "Der Sturm zieht auf" S. 421/423)

Andererseits gibt Albert Speer zu, daß — "als Hitler mit leiser Stimme grauenhafte Entschlüsse bekanntgab" — er und seine Umgebung "wußten, daß es nun ernst geworden war". Er wußte also um "grauenhafte Entschlüsse" und "daß es ernst war". Dennoch mobilisierte er die Rüstung weiter, anstatt den von ihm als "Verbrecher erkannten Führer" und seine offenbar dann doch wohl auch "verbrecherische Umgebung" umzubringen! Warum wohl tat er dies noch nicht einmal in Ansätzen?

Konkretes jedoch über die von ihm zitierten "grauenhaften Entschlüsse" (Mehrzahl), die auch noch vielerlei Personen gehört haben, hat er leider nicht genannt. Ein von allen Gegnern "mit allen grauenhaften Mitteln" geführter Vernichtungskrieg relativiert nämlich Vielerlei. Es muß wiederholt werden: Leider wußte Albert Speer im Jahre 1977 von den Gegnern Deutschlands nichts Nachteiliges zu berichten. Das alles macht seine Aussage so unrealistisch und unglaubwürdig.

Denn daß es nur einen Verbrecher mit seinen Helfershelfern gab und ansonsten nur "Friedensfreunde" und Humanisten, das kann doch wohl Albert Speer einer aufgeklärten Menschheit nicht glauben machen wollen!

Selbst der von ihm erwähnte Gauleiter von Niederschlesien, Karl Hanke, hatte ihm offenbar nichts Konkretes berichtet, wo doch Speer's Stellung als Rüstungsminister eine solche war, daß er, wenn er wollte, Aufklärung hätte fordern können!

Daß Hitler Befehle auch mündlich gegeben hat, ist gewiß nicht zu bestreiten, doch der Beleg, den Albert Speer hierfür anführt, lautet doch, daß solche Befehle offensichtlich in den "Führerprotokollen" festgehalten worden waren, die zudem noch alle im Bundesarchiv Koblenz erhalten sind. Tatbestand aber ist doch, daß ausgerechnet der oder die angeblich mündlich erteilten Vernichtungsbefehle gegenüber den Juden n i c h t in irgendwelchen "Führerprotokollen" oder auch anderweitigen Protokollen vorliegen.

Gedenkfeier für die Bombenopfer, Köln 1944 *(Foto: Bundesarchiv Koblenz)*

Daß Angeklagte im IMT-Prozeß von "Zeugen und vorgelegten Dokumenten" behauptete Vernichtungen "nicht ernstlich" bestritten haben, liegt in der Natur der Sache. Zum einen hat der völkische Vernichtungskampf im Osten naturgemäß auch auf deutscher Seite chaotische Auswüchse gebracht, die von keinem Angeklagten bestreitbar waren, und zum andern war von den Angeklagten des IMT-Prozesses niemand konkreter Sachkenner oder Tatzeuge, um Behauptungen anderer konkret bestreiten zu können. Göring, Streicher, Fritzsche verurteilten die furchtbaren Massenmorde, "die im Prozeß bekanntgeworden seien". Hier nun müßte man ansetzen, ob die im IMT-Verfahren vermittelten Informationen wirklich zutrafen oder nicht. Daß in jenem Prozeß mit unter Todesdrohung stehenden Zeugen, unwahren Behauptungen, Dokumentenfälschungen und vielerlei anderen Rechtsbeugungen gearbeitet wurde, ist inzwischen allzu sehr bekannt, als daß ein Historiker die "im Prozeß bekanntgewordenen Fakten" ohne Prüfung für bare Münze ausgeben könnte. Hinzu käme der Vorbehalt, Aussagen der Angeklagten in jenem Prozeß unter dem Gesichtspunkt ihrer Verteidigung zu werten. Ein derartiges Verhalten als eine Art Beweis für geschehene systematische Vernichtungen auszugeben, ist unsachlich.

Zum Tagebuch Hans Frank ist zu sagen, daß es sich aus 42 Bänden (rund 12.000 Seiten) zusammensetzt. Hans Frank hat die stenografischen Niederschriften und sonstige niedergelegte Einzelheiten nicht jeweils überprüft und bestätigt. Im übrigen besteht ein großer Unterschied zwischen dem, was gesagt worden ist und jenem, was durchgeführt worden ist. Hierbei wird nicht bestritten, daß Frank großes Unrecht, grauenhafte Auswüchse im polnischen (Partisanen-) Kriegsgebiet zugegeben hat, das zu vereiteln nicht in seiner Macht stand. Das Tagebuch Hans Frank enthüllt aber gleichermaßen, daß sein Auftrag den ganzen Krieg hindurch dahingehend lautete, im Generalgouvernement eine im Rahmen des Kriegsgeschehens mögliche wirtschaftliche Wiederaufbau- und Zusammenarbeit mit Deutschland zu ermöglichen. Es enthüllt auch weiterhin, daß die Gegner Deutschlands mit ihren Vernichtungszielen und -methoden eine solche Aufgabe von Anfang an zu vereiteln versucht und schließlich gänzlich vereitelt und schreckenerregende Reaktionen ausgelöst haben. Krieg schafft unvorhersehbare Motivationen und grauenerregende Verhältnisse! Solche nach Beendigung des Krieges nur auf der einen Seite als vorliegend gewesen darzustellen, wird den historischen Fakten nicht gerecht. Werden schließlich noch Ursachen und Wirkungen miteinander vertauscht, so ist die Gesamtdarstellung wertlos.

Die berüchtigte Rede Himmlers vom 6. Oktober 1943 ist nach wie vor umstritten, ihre angebliche Tonaufnahme unglaubwürdig. Wenn es einen zentralen Geheimplan zur Vernichtung von Juden gab, hätte ihn Himmler nicht vor einem großen Gremium politischer Führungskräfte des ganzen Reichsgebietes enthüllen dürfen, auch nicht können, ohne selbst in Regreß genommen zu werden. Wenn es aber dennoch stimmen sollte, daß Himmler am 6. Okt. 1943 dort die Vernichtung der Juden "als ein zum größten Teil durchgeführtes Programm verkündete", so verbliebe als Zeitraum, innerhalb dessen dies mit allen seinen technischen Vorbereitungen hätte durchgeführt werden können, nur die Zeit zwischen Herbst 1942 und 1943, d.h. ein Jahr. Was aber ist in einem Jahr unter härtesten Kriegsbedingungen für die deutsche Seite überhaupt technisch, rohstoffmäßig usw. möglich gewesen? Und schließlich: Wo sind die Funde? Bis heute gibt es sie nicht! Der Historiker fordert diese und andere Indizien, — Albert Speer hat sie nicht geliefert! (Vergl. zu Dokumentenfälschungen und "Funden" aus der Zeitschriftenreihe "Historische Tatsachen" Nr. 2 und Nr. 5).

Ohne leugnen zu wollen, was Grauenhaftes im Verlauf des Krieges auf allen Seiten geschehen ist, so bleibt doch Vieles, was die Siegermächte nach dem von ihnen gewonnenen Krieg der deutschen Seite anlasten, außerordentlich merkwürdig, widerspruchsvoll und jedenfalls soweit unbelegt, wenn man die Strenge der Indizien- und Faktenbeweise anlegen würde, die in normalen Strafverfahren angelegt werden.

Am Beispiel der stets zitierten "Ereignismeldungen UdSSR" (Bundesarchiv Koblenz — R 58/221) mag dies kurz erläutert werden. Diese Ereignismeldungen sind auf Grund von Fernschreib-Berichten der Einsatzgruppen und -Kommandos zusammengestellt worden und wurden im April 1942 (letzte Meldung) in 75 Ausfertigungen versandt. Sie enthalten sehr detaillierte Einzelheiten, künden auch ständig von der Schwere der Partisaneneinsätze und enthalten lediglich für das Jahr 1941 Zahlen von Massenliquidationen, d.h. zu einer Zeit, als eine sog. "Endlösung der Judenfrage" noch gar nicht zur Debatte stand. Merkwürdig bleibt, daß diejenigen, die in Berlin auf Grund von Fernschreiben (die nicht mehr vorliegen) jene Zahlen niedergeschrieben haben,

a) entgegen allen Rücksichten und Befehlen auf Geheimhaltung publizierten, ohne je zur Rechenschaft gezogen zu werden,

b) an Empfänger publizierten, von denen sie wissen mußten, daß sie über solche Informationen zutiefst schockiert sein mußten,

c) nach Kriegsende von den Sowjets die doch nicht wegzuzaubernden Funde der Weltöffentlichkeit niemals beweiskräftig vorgeführt wurden.

Gerade der fehlende Nachweis nach Kriegsende, da die siegreiche Sowjetmacht Jahrzehnte Zeit hatte zu suchen und zu finden (die Positionen der vor Kriegsbeginn angelegten Panzergräben kannte sie ja zudem!) , wird von der Geschichtsforschung als untrüglicher Beweis dafür gewertet werden müssen, daß die diesbezüglichen Seiten der nach dem Krieg aus dem Reichssicherheitshauptamt vorgelegten Papiere fragwürdig bleiben.

СССР

ЦЕНТРАЛЬНОЕ УПРАВЛЕНИЕ
НАРОДНОГО КОМИССАРИАТА ОБОРОНЫ
СОЮЗА ССР

... октября 1945 г.

№

г. Москва

СПРАВКА

Дана гр. БРОЙДО Любовь Евсеевне в том, что ее муж ТРЕППЕР Лев Захарович действительно пропал без вести при обстоятельствах не дающих право ходатайствовать о получении пенсии.

НАЧАЛЬНИК ОТДЕЛА УПРАВЛЕНИЯ

(ТУЛЯКОВ)

Wie stünden diese Leute da, hätten sie nicht ihre Lügen-Propaganda gegen Deutschland!?

Am Beispiel der Autobiographie des Chefs der "Roten Kapelle", der größten kommunistischen Spionageorganisation während des Zweiten Weltkrieges, Leopold Trepper, läßt sich wohl am beispielhaftesten nach den Gründen des Hasses fragen, der jene Leute angetrieben hat, gegen das nationalsozialistische Deutschland Sturm zu laufen. Leopold Trepper hat dies bei Verwendung von 440 Seiten für seine Lebenserinnerung mit keinem Satz begründet, sondern er hat wie selbstverständlich dargetan, daß dieser Haß — allgemein anerkannt — berechtigt war. Zitieren wir ihn in seinem Buch "Die Wahrheit" (Kindler Verlag, München 1975) selbst:

"Von den Pogromen im zaristischen Rußland bis zur Dreyfus-Affäre hatte ich mich mit den Erscheinungsformen des Antisemitismus, seinem Ursprung und seinen Mechanismen beschäftigt, und das Nazitum schien mir im zwanzigsten Jahrhundert seine schlimmste Ausprägung zu sein. Je schneller das unreine Tier heranwuchs, desto mehr beunruhigte mich die Sorglosigkeit der Welt......

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt — die Welt las es auf den Titelseiten ihrer Tageszeitungen. Auf mich als Kommunisten wirkte dieses Ereignis wie ein Alarmsignal. Die Tür zur Barbarei war aufgestoßen.... (S. 73)

Die Welt hatte versäumt, die braune Pest im Keim zu ersticken, die Krankheit grassierte, die Ansteckungsgefahr nahm zu. Als ich im Zusammenhang mit meiner ersten Mission am 1. Mai 1937 nach Frankreich fuhr und in Berlin Station machte, traute ich meinen Augen nicht! Unerträglich der Anblick, der sich mir auf den Straßen bot: Tausende von Arbeitern mit Schirmmütze, Tausende von Jugendlichen marschierten hinter den Fahnen und Standarten der Nazis her und sangen laut die hitlerischen Hymnen. Gebannt stand ich am Straßenrand, unfähig zu begreifen, was ich sah. Welcher Massenwahn hatte die Deutschen befallen? In diesem Augenblick, unter dem Eindruck der schmetternden Gesänge, die bald ganz Europa hören sollte, gewann ich die Überzeugung, daß der Nazismus nur in eine Katastrophe, in einen Weltenbrand münden konnte, und ich beschloß, in diesem unerbittlichen Kampf, bei dem die Zukunft der Menschheit auf dem Spiel stand, meinen Platz einzunehmen. In vorderster Linie..."(S. 74)

Was würde wohl Herr Trepper sagen, wenn ein Deutscher am Straßenrand in Jerusalem stehen und gleichermaßen über den Israelischen Staat urteilen würde? Hätte er nicht besser getan, sich um seine eigenen Belange zu kümmern, als sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Volkes einzuschalten? Woher nahm er das Recht, den demokratischen Willensvollzug des deutschen Volkes zu bekämpfen?

Für wen aber setzte sich Leopold Trepper denn nun ein, für wen arbeitete, kämpfte er in vorderster Front? Er schreibt selbst über dieses "Sowjetparadies":

Wenzel Jaksch – nach 1945 Präsident des Bundesverbandes der Vertriebenen, rief am 3. September 1939 die Sudetendeutschen auf, in die britische Armee einzutreten.

"Freilich, wenn der Weg mit Arbeiterleichen übersät war, dann würde, dann konnte er nicht zum Sozialismus führen. Unsere Genossen verschwanden, die besten von uns kamen um in den Kellern des NKWD, das stalinistische Regime entstellte den Sozialismus bis zur Unkenntlichkeit. Zehnmal, hundertmal mehr Kommunisten als Hitler hat Stalin, der große Totengräber, liquidiert....

... als staatenloser polnischer Jude, der in Palästina gelebt hatte und in Moskau an einer jüdischen Tageszeitung arbeitete, war ich für das NKWD zehnmal verdächtig......

'Sie haben noch ungefähr zwei Jahre bis Kriegsausbruch' meinte er (der später ebenfalls von Stalin liquidierte sowjetische General Bersin). 'Verlassen Sie sich in erster Linie auf sich selbst. Ihre Aufgabe ist einzig und allein der Kampf gegen das Dritte Reich, nichts sonst. Bis Kriegsbeginn muß Ihre Geheimorganisation in Ruhestellung bleiben.......' (S. 9o – das Gespräch fand im Herbst 1937 statt)

Wieso hatten sie mich verschont? (gemeint waren Stalins Leute in Moskau)

Es kamen die Schauprozesse. Gegen verdiente Bolschewiki, treue Kampfgefährten Lenins, erhob man die unwahrscheinlichsten Anklagen, stempelte sie zu englischen, französischen, polnischen Spionen – die Nationalität spielte keine Rolle! Beweise wurden notdürftig zusammengeschustert. In jedem Prozeß zählte man Namen von Mitgliedern des Politbüros auf, die angeblich um Haaresbreite einem Attentat der Angeklagten entgangen seien. Die Liste wechselte. Manchmal saßen im nächsten Prozeß Leute auf der Anklagebank, die noch vor wenigen Monaten selbst von einem Komplott 'bedroht' waren – nun ihrerseits als Terroristen gebrandmarkt. Dieses traurige Schauspiel, grobschlächtig inszeniert, daß selbst die blindesten Augen hätten sehend werden müssen, sollte die Sowjetbürger in Angst und Schrecken versetzen. Eine unvorstellbare Massenpsychose, die vom gesamten Staatsapparat geschürt wurde, erfaßte das Land. Überall Maßlosigkeit und Ungeist..... (S. 56)

Es wäre ... zu sprechen von den körperlichen und seelischen Folterungen und der systematischen Erpressung der Beschuldigten durch Androhung von Repressalien gegen ihre Familien. Auch darf das ungerechte Schicksal einer begrenzten Zahl von Prozeßopfern uns nicht verleiten, die Unterdrückung von Millionen Sowjetbürgern zu übersehen, für die man keine Geständnisse brauchte.

Der Stalinismus scheiterte auf der ganzen Linie, der Wirtschaftsentwicklung, der Zwangskollektivierung, der Industrialisierung. Nur der Kadervernichtungsplan wurde mit Übersoll erfüllt. Die von Stalin verfügte 'Rotation der Kader' sah vor, jeden, der ein Amt bekleidet hatte, zu liquidieren. Mit wissenschaftlicher Akribie wurde die Säuberung durchgeführt, Kategorie für Kategorie, Viertel für Viertel, Ministerium für Ministerium, Fach für Fach. Jedes Opfer riß seine Kollegen, Freunde und Bekannte mit in die Tiefe. .... (S. 57-58)

Damals lebten in der sowjetischen Hauptstadt mehrere tausend ausländische Kommunisten, die in der Komintern, der Profitern, der Bauern-Internationale, der Jugend-Internationale und der Frauenorganisation tätig waren: Neunzig Prozent davon wurden liquidiert! Damit nicht genug, fanden Tausende politischer Flüchtlinge aus der ganzen Welt in der Sowjetunion eben jene Folterkammern und Hinrichtungskommandos wieder, vor denen sie in ihren Heimatländern geflohen waren...... (S. 59)

Nach dem XX. Parteitag 1956 tat dann jeder so, als fiele er aus allen Wolken; angeblich enthüllte die Rede Chruschtschows einen nie geahnten Vorgang. Dabei waren sie in Wirklichkeit Mitwisser und Komplizen der Liquidationen gewesen, selbst in Fällen, wo es sich um ihre eigenen Parteifreunde handelte!

Ich habe Erinnerungen an diese finstere Zeit, die ich nie mehr loswerde..... (S. 61)

Die Angst vor dem Morgen, die Angst, vielleicht die letzten Stunden in Freiheit zu leben, bestimmte all unser Tun, wurde uns zur zweiten Natur, machte uns vorsichtig und unterwürfig. Ich wußte, daß meine Freunde verhaftet waren und schwieg. Warum sie? Warum nicht ich? Ständig in der Erwartung, selbst an die Reihe zu kommen, bereitete ich mich innerlich auf dieses Nachspiel vor.... (S. 62)

Selber Teilchen des Appartes und vom Terror fast in den Wahnsinn getrieben, schufen wir die Instrumente unserer eigenen Unterwerfung. Alle, die sich nicht gegen die stalinistische Todesmaschinerie aufgelehnt haben, trifft Schuld, eine kollektive Schuld. Ich nehme mich selbst von diesem Richterspruch nicht aus.

Wer hat denn damals protestiert? Wer ist denn aufgestanden und hat seinen Ekel hinausgeschrien?" (S. 63)

Adolf Hitler zum Beispiel! Herr Trepper!

Brechen wir hier ab. Können Leute wie Leopold Trepper uns Deutschen Ratschläge geben, uns Moral predigen, Vorbilder sein, können solche Leute uns davon überzeugen, "auf der besseren Seite gestanden zu haben?" Können wir sie überhaupt verstehen in ihrem politischen Einsatz, in ihrem Haß gegen Deutschland? Kann hier Vernunft und Logik überhaupt noch einen Zugang haben? –

Dem Leser sei die Antwort überlassen.

Dr. jur. Wilhelm Stäglich

DER AUSCHWITZMYTHOS – Legende oder Wirklichkeit?

480 Seiten, 16 Abb., Personen-, Sach- u. Lit.verzeichnis,
Ln. – DM 38,-

Dieses Buch bestätigt die in der Öffentlichkeit viel beachtete und von den Umerziehungs-aposteln haßvoll kritisierte Feststellung des bekannten Erlanger Historikers Prof. Diwald, das historische Bild der Judenverfolgungen zwischen 1940 und 1945 sei "trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt". Man fragt sich unwillkürlich, wie es überhaupt möglich war, die angeblich planmäßig erfolgte Ermordung von 6 Millionen Juden als wissenschaftlich "gesicherte Erkenntnis" hinzustellen, wo doch diese gleichen "Wissenschaftler" zugeben müssen, daß es sich bei der Zahl 6 Millionen "um eine symbolische Zahl" handelt, daß es bisher keinerlei "technische Untersuchungen" darüber gegeben habe, daß bei Abschluß des Luxemburger Wieder-gutmachungsabkommens 1953 "niemand auch nur eine annähernd richtige Vorstellung von der Zahl der Überlebenden hatte", daß niemand diese Zahl revidiert hatte, nachdem erwiesen war, daß es in keinem KZ des Altreiches je eine Vergasungseinrichtung gegeben hatte, man dies jedoch vorher durch wer weiß wie viele Zeugen "bewiesen" hatte? –

Der Jurist Dr. Stäglich konzentriert sich auf Quellenforschung und das im bundesdeutschen Prozeßgeschehen ermittelte "Beweismaterial". Gab und gibt es "Schauprozesse" in der west-deutschen Bundesrepublik? – Ein Buch von erregender Dramatik und einer Tragweite, die vielleicht erst in der Zukunft erkannt sein wird. Dr. Stäglich wurde mit diesem Buch zum Wegbereiter historischer Wahrheitsforschung!

Willi Krämer

Vom Stab Heß zu Dr. Goebbels

400 Seiten, ill. Reg., Dok.-Anhang, Ln 32,-

Als ehemaliger Angehöriger des Stabes Heß und der Reichspropagandaleitung der NSDAP sowie Mitarbeiter von Dr. Goebbels legt Willi Krämer nach langjährigem Schweigen der Öffentlichkeit seine Lebenserinnerungen vor. War sein Hauptaufgabengebiet auch anfangs auf die Organisation und Personalpolitik der NSDAP und die Verzahnung der Befehlsstrukturen von Partei und Staat bezogen, so wechselte er mit Kriegsbeginn in die Reichspropagandaleitung über. Dort hat er an der Seite von Dr. Goebbels bis Kriegsende führend das mitgestaltet, was man heute "Öffentlichkeits-arbeit" nennt.

Es gab im deutschen Herrschaftsbereich niemanden wie in England z.B. Sefton Delmer oder – wie in der UdSSR – zur Lüge verpflichtete Propagandisten, die im staatlichen Auftrag "von morgens bis abends Lügen über den Gegner zu fabrizieren" hatten. Es gab auch nicht einen jener Publizistik-Gewaltigen, die zwar nicht offiziell staatlich, aber dennoch mächtig genug waren, um auf Öffentlichkeit und Politik ihres Staates ständig in diesem Sinne Einfluß zu nehmen, wie u.a. in den USA.

Dr. Goebbels und seine Mitarbeiter hatten ganz andere Sorgen!

Erich Blohm

HITLER-JUGEND – Soziale Tatgemeinschaft

400 Seiten, stark ill., Reg., Dok.Anhang, Ln DM 32,-

Eine sachgerechte Geschichte der Hitlerjugend zu schreiben bzw. zu veröffentlichen, ist kein leichtes Unterfangen. Dies nicht so sehr, weil etwa die Materie zu schwierig zu überschauen wäre, als vielmehr der gegenwärtigen politischen Verhältnisse wegen, in denen unser Volk seit 1945 zu leben gezwungen ist.

Eingedenk dieser Sachlage ist es besonders hoch anzuerkennen, daß ein Mann den Mut fand, in diesen wirren politischen Zeitumständen eine Geschichte der HJ zu schreiben, der er einst selbst – zuletzt als Gebietsschulführer – angehört hat. Die betonte Sachlichkeit und gewissermaßen Zurückhaltung, mit der dies geschah, läßt vielfach gar nicht zum Ausdruck kommen, mit welcher inneren Bereitschaft und Aktivität, mit welchem erhebenden Gefühl die jungen Menschen damals bereits in ihren jungen Lebensjahren an der Überwindung von sozialer Not und Zwietracht mithalfen und ihnen Gelegenheit dazu gegeben wurde.

DEUTSCHLANDKARTE 1914 - 1945; – 65 x 70 cm + Erläuterungen der historischen Grenzveränderungen. – Mehrfarbig. Wichtig + eindrucksvoll.

Ln, gerollt DM 19,80, Papier und gefaltet DM 8,50

WIR SUCHTEN DIE FREIHEIT – Schicksalsweg der Sudetendeutschen

404 Seiten, ill. Reg., Dok.-Anhang, Ln DM 32,-; Cov. DM 26,-

Reinhard Pozorny

Dieses Buch ist ein Generalangriff gegen Lüge, Entstellung und Totschweigen. Es ist ein Buch, das nicht nur die Sudetendeutschen allein, sondern uns Deutsche uns Europäer alle angeht, und das in seiner spannungsgeladenen Schreibweise zu den aktuellsten Werken zählt, die über den Schicksalsweg einer Volksgruppe geschrieben worden sind.

Es umfaßt den Zeitraum von 1918 bis in unsere Gegenwart mit einer Fülle heute schon vergessener oder unbekannter Einzelheiten, unwiderlegbarer Tatsachen und statistischen Zahlenmaterials, aber auch einer Vielzahl von Dokumenten und Zitaten, wodurch der objektiven Wahrheitfindung wesentlich mehr gedient wird, als es heute offiziell allgemein erwünscht ist.

Louis FitzGibbon

DAS GRAUEN VON KATYN – Verbrechen ohne Beispiel

350 Seiten, ill. Reg., Dok.-Anhang, Ln DM 32,-; Cov. DM 26,-

Dieses Buch ist dem Andenken der 14.500 polnischen Offiziere gewidmet, die nach Auflösung der sowjetischen Gefangenenlager in Kozielsk, Starobielsk und Ostashkow im April/Mai 1940 spurlos verschwunden sind. Die Überreste von 4.253 Männern wurden im Frühjahr 1943 von der deutschen Wehrmacht im Wald von Katyn (westlich Smolensk) entdeckt, – massenweise übereinander gestapelte Genickschußtote! Über ihnen jung gepflanzte Kiefern! Katyn war nur ein Glied in der bluttriefenden Kette des bolchewistischen Lebenslaufes von Josef Stalin! Dieser "Holocaust" ist international authentisch nachgewiesen mittels lückenloser Indizienbeweise!

William Joyce, Engländer und Hauptrundfunksprecher und Kommentator der deutschen Propagandasendungen gegenüber England, gab 1945 nach seiner Verhaftung durch einen britischen Offizier zu Protokoll:

"In der Zeit unmittelbar vor dem Krieg war ich über die Politik der britischen Regierung tief unglücklich, erstens weil ich fühlte, daß sie schließlich zur Auflösung des britischen Empire führen müsse, zweitens, weil ich der Meinung war, daß das bestehende Wirtschaftssystem für die Erfordernisse der Zeit völlig unzulänglich sei. Die konstruktive Arbeit, die Hitler für Deutschland geleistet hatte, hatte auf mich einen großen Eindruck gemacht, und ich war der Ansicht, daß in ganz Europa, also auch in England, eine Reform in der Richtung der nationalsozialistischen Grundsätze kommen müsse. Es blieb immer mein unverrückbares Ziel, so gut wie möglich zwischen den beiden Ländern eine Aussöhnung oder wenigstens Verständigung zu erreichen. Nachdem Rußland und die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten waren, erschien mir eine solche Verständigung nicht weniger wünschenswert als vorher, denn ich war der Meinung, daß der Preis, den England für diese Hilfe werde zahlen müssen, viel höher sei als der Preis, der bei einer Einigung mit Deutschland in Frage gekommen wäre."

Die Siegermacht England verurteilte diesen Mann als "Verräter" zum Tode.

Hans Kehrl

Leinen, 552 Seiten, illustriert, DM 38,–

Der eigentliche Könner im Reichswirtschafts- und Reichsrüstungsministerium legt mit diesem Buch eine Dokumentation über das Führungsgeschehen im Bereich der Wirtschaft und Rüstung des Dritten Reiches von 1933-1945 vor, die einmalig in der Nachkriegsliteratur ist. Hans Kehrl – unmittelbarer Untergebener von Albert Speer – stand zwar nie im öffentlichen Rampenlicht, vermittelt jedoch in gradliniger und konsequenter Haltung eine Fülle wirtschaftspolitischer Erkenntnisse von bleibendem Wert.

Es ist eine Wohltat zu erleben, daß wenigstens der zweite Mann im Speerministerium - trotz Verurteilung im Nürnberger "Wilhelmstraßen-Prozeß" zu 15 Jahren Haft – ungebrochen blieb und mit Gesinnungslumpen aller Art ein meisterhaftes Florett ficht, ohne dabei mit kritischen Analysen zurückzuhalten, wo sie angebracht waren.

552 Seiten, Ln. illustriert, DM 38,–

"Wir müssen zum Rechtsstaat zurückkehren. Dazu gehört in erster Linie die reinliche Scheidung von Recht und Politik. Der Grundsatz der Gewaltenteilung, der uns seit Montesquieu gebräuchlich war, muß wieder allgemeine Geltung erlangen, nicht nur für die klassische Einteilung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, sondern auch für die Trennung von Politik und Recht. Die Justiz muß wieder dem Recht dienen und nur dem Recht!"

"Dazu kommt in unserer Zeit die verheerende Einwirkung der Propaganda, die es den Menschen so schwer macht, auch den Gutgesinnten, die wirklichen Vorgänge des Zeitgeschehens zu erkennen und zu beurteilen. Sie hat uns schon in den letzten Jahren des ersten Weltkrieges und danach zu schaffen gemacht. Hat man nicht von Lloyd George, der am Schluß des ersten Krieges die Wahlpropaganda in England mit dem Ruf: "Hängt den Kaiser!" betrieb, gesagt, daß er 1919 in Paris und Versailles und später, als er das Unrecht von Versailles wiedergutmachen wollte, das Opfer seiner eigenen Propaganda geworden sei? Nach dem zweiten deutschen Zusammenbruch war es nicht anders. Jetzt war es schlimmer, weil es nun eine einseitige Propaganda der Gegner war, der deutscherseits nichts mehr entgegengesetzt werden konnte.

Ich hatte im Mai 1945, wenige Tage nach dem Zusammenbruch, eine denkwürdige Aussprache mit einem bedeutenden Vertreter der Gegenseite. Er stellte sich mir als Universitätsprofessor seines Landes vor, der sich mit mir über die historischen Grundlagen des Krieges unterhalten wollte. Es war ein Gespräch von hohem Niveau, das wir führten. Plötzlich brach er ab, zeigte auf die Flugblätter, die vor mir auf dem Tisch lagen, mit denen wir in den ersten Tagen nach der Kapitulation überschwemmt wurden und die sich hauptsächlich mit den KZ-Greueln beschäftigten. "Was sagen Sie dazu?", so fragte er mich. Ich erwiderte: "Oradour und Buchenwald? Bei mir rennen Sie da offene Türen ein. Ich bin Rechtsanwalt und verurteile das Unrecht, wo ich ihm begegne, am meisten aber, wenn es auf unserer Seite geschieht. Ich weiß jedoch einen Unterschied zu machen zwischen den Tatsachen und dem politischen Gebrauch, den man davon macht. Ich weiß, was Greuelpropaganda ist. Ich habe nach dem ersten Weltkriege alle Veröffentlichungen Ihrer Fachleute über diese Frage gelesen, die Schriften des Northcliffbüros, das Buch des französischen Finanzministers Klotz "Vom Krieg zum Frieden", in dem er schildert, wie man das Märchen von den abgehackten Kinderhänden erfand, und welchen Nutzen man daraus zog, die Aufklärungsschriften der Zeitschrift Crapouillot, die die Greuelpropaganda von 1870 mit der von 1914/1918 vergleicht, und schließlich das klassische Buch von Ponsonby: "Die Lüge im Kriege". Darin wird offenbart, daß man schon im vorigen Kriege Magazine hatte, in denen man künstliche Leichenberge durch Photomontage mit Puppen zusammenstellte. Diese Bilder wurden verteilt. Dabei war die Unterschrift freigelassen. Sie wurde später je nach Bedarf durch die Propagandazentrale telefonisch aufgegeben."

Damit zog ich eines der Flugblätter heraus, das angeblich Leichenberge aus den KZ's darstellte, und zeigte es meinem Besucher, der mich verdutzt ansah. Ich fuhr fort: "Ich kann mir nicht denken, daß in diesem Kriege, in dem alle Waffen so vervollkommnet wurden, diese geistige Giftwaffe, die den ersten Krieg entschied, vernachlässigt worden sein sollte. Mehr noch, ich weiß es! Ich habe die letzten Monate vor dem Zusammenbruch täglich die Auslandspresse gelesen. Da wurde von einer Zentralstelle aus über die deutschen Greuel berichtet. Das ging nach einem ganz gewissen Turnus. Da kam ein besetztes Gebiet nach dem anderen dran, heute Frankreich, morgen Norwegen, dann Belgien, Dänemark, Holland, Griechenland, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Zunächst waren es Hunderte von Toten in den Konzentrationslagern, dann, wenn 6 Wochen später dasselbe Land wieder dran war, Tausende, dann Zehn-, dann Hunderttausende. Da dachte ich mir: In die Million kann diese Zahleninflation doch nicht gehen!"

Nun griff ich zu einem anderen Flugblatt: "Hier haben Sie die Million!" Da platzte mein Besucher los: "Ich sehe, ich bin an einen Sachkundigen geraten. Nun will ich auch sagen, wer ich bin. Ich bin kein Universitätsprofessor. Ich bin von der Zentrale, von der Sie gesprochen haben. Seit Monaten betreibe ich das, was Sie richtig geschildert haben: Greuelpropaganda — und damit haben wir den totalen Sieg gewonnen."

Ich erwiderte: "Ich weiß, und nun müssen Sie aufhören!" Er entgegnete: "Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was Sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun!"

Ich schloß das Gespräch: "Dann werden Sie eine große Verantwortung auf sich laden!"

Was dieser Mann uns angedroht hatte, kam. Das Schlimmste aber war die Verwirrung, die dadurch unter den Deutschen angerichtet wurde. Greuelpropaganda und politische Justiz!"

aus: Prof. Dr. Friedrich Grimm "Politische Justiz"